



Niederschrift

26. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Mittwoch, 24.02.2010
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	20:10 Uhr
Ort, Raum:	Stadthaus, Raum 280 a

Anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE	
Herr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg	DIE LINKE	
Frau Dr. Karin Schröter	DIE LINKE	
Frau Hannelore Knoblich	SPD	
Herr Mike Schubert	SPD	
Herr Claus Wartenberg	SPD	
Herr Dr. Hagen Wegewitz	SPD	bis ca. 19:05 Uhr
Herr Peter Lehmann	CDU/ANW	
Herr Michael Schröder	CDU/ANW	
Herr Nils Naber	Grüne/B90	
Frau Martina Engel-Fürstberger	FDP	

Nicht anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Jann Jakobs	SPD	entschuldigt
------------------	-----	--------------

Ausschussmitglieder

Frau Birgit Müller	DIE LINKE	entschuldigt
--------------------	-----------	--------------

Gäste:

Herr Exner, GB 1	
Frau Dr. Magdowski, GB 2	Frau Kosel, Personalrat
Frau E. Müller, GB 3	Frau Krusemark, SB Recht
Herr Klipp, GB 4	Herr Erdmann, Rechnungsprüfungsamt
Herr Weise, Geschäftsstelle Stadtentwicklung Grüne/ B 90 und Bauen	Herr Walter, Geschäftsführer der Fraktion
Herr Jetschmanegg, Büro des OBM	Herr Richter, KIS

Schriftführerin:
Frau Ziegenbein

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 10. Februar 2010/ Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Förderungsprogramm zur energetischen Erneuerung der sozialen Infrastrukturen in den Gemeinden
Vorlage: 09/SVV/0602
Fraktion FDP/Familien-Partei
- 4 Groß Glienicker See
Vorlage: 09/SVV/1076
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 5 Schwimmbad-Neubau
Vorlage: 09/SVV/1084
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen
neue Fassung vom 10.02.2010
- 6 Rechte von Kindern
Vorlage: 09/SVV/1147
Fraktion DIE LINKE
Äa Gruppe Die Andere
- 7 Umsetzung des 10plus-Punkte Planes Jugendsoziokultur / Umsetzung des Projektes "freiLAND"
Vorlage: 10/SVV/0109
Oberbürgermeister, FB Kultur und Museum
- 8 Treffpunkt Freizeit in Trägerschaft der Malteser Werke erhalten
Vorlage: 09/SVV/1152
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 9 Beirat Treffpunkt Freizeit
Vorlage: 10/SVV/0005
Fraktion DIE LINKE
- 10 Treffpunkt Freizeit - Mehrgenerationenhaus
Vorlage: 10/SVV/0011
Fraktion CDU/ANW, Fraktion FDP/FP
- 11 Einrichtung eines Gestaltungsrates
Vorlage: 10/SVV/0045
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

- 12 Satzung zur Aufhebung der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb "Stadtbeleuchtung Potsdam" der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 10/SVV/0070
Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Stadtentwicklung und Bauen
- 13 Mitteilungen der Verwaltung
- 13.1 Information zu den Kaufhallenstandorten Zentrum Ost und Schlaatz
- 14 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Herr Schröder eröffnet die Sitzung und informiert darüber, dass der Oberbürgermeister auf Grund seiner Teilnahme an den Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst wiederum nicht an der Sitzung des Hauptausschusses teilnehmen könne. Herr Exner werde für den Oberbürgermeister das Stimmrecht wahrnehmen.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 10. Februar 2010/ Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Herr Schröder begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest; zu Beginn der Sitzung sind 12 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der 25. Sitzung des Hauptausschusses vom 10. Februar 2010, einschließlich der Ergänzung um den Punkt „Bericht über die Beratung des Oberbürgermeisters mit den Ortsvorstehern“, werden keine Einwände erhoben.

Bezüglich der vorliegenden Tagesordnung schlägt er vor, die Tagesordnungspunkte:

- 4, Vorlage: 09/SVV/1076 , betr.: Groß Glienicker See, wegen dem fehlenden Votum des Ausschusses für Finanzen,
- 8, Vorlage: 09/SVV/1152, Treffpunkt Freizeit in Trägerschaft der Malteser Werke erhalten, wegen der fehlenden Voten der Ausschüsse für Finanzen und Kultur sowie des Jugendhilfeausschusses,
- 9, Vorlage: 10/SVV/0005, Beirat Treffpunkt Freizeit, wegen dem fehlenden Votum des Ausschusses Kultur,
- 10, Vorlage: 10/SVV/0011, Treffpunkt Freizeit - Mehrgenerationenhaus wegen dem fehlenden Votum des Ausschusses Kultur,

- 12, Vorlage: 10/SVV/0070, Satzung zur Aufhebung der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb "Stadtbeleuchtung Potsdam" der Landeshauptstadt Potsdam - wegen dem fehlenden Votum des Ausschusses für Finanzen

zurückzustellen.

Eine Aufnahme in die Tagesordnung wird für folgende Punkte vorgeschlagen:

- Vorlage: 10/SVV/0178, Genehmigung einer Dienstreise zum Workshop und Erfahrungsaustausch des Städte- und Gemeindebundes
- Vorlage: 10/SVV/0195 - Dringlichkeitsantrag zur Beschlussvorlage 10/SVV/0109; hier Entscheidung Hauptkriterien der Evaluation des Modellprojektes ‚freiLAND‘ gemäß Beschlussvorlage 10/SVV/0109, Punkt 3
- Information zur Vorlage: 10/SVV/0174, Errichtung einer Flächensolaranlage im Friedrichspark, Änderung der Bebauungspläne "Gewerbe- und Marktzentrum Autobahnabfahrt Potsdam-Nord/Friedrichspark" durch Ergänzung temporären Baurechts.

Herr Dr. Scharfenberg ergänzt diese um eine Behandlung der Thematik „Fachbereichsleiter Grün- und Verkehrsflächen“ sowie einen Sachstandsbericht zum Tierheim und zum Griebnitzsee, Frau Dr. Schröter um eine Information zum Bürgerbahnhof und Frau Engel-Fürstberger um einen Sachstandsbericht zum Treffpunkt Freizeit, da die TOP 8 – 10 zurückgestellt werden sollen.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

zu 3 Förderungsprogramm zur energetischen Erneuerung der sozialen Infrastrukturen in den Gemeinden

Vorlage: 09/SVV/0602

Fraktion FDP/Familien-Partei

Frau Engel-Fürstberger verweist eingangs auf den Hintergrund der Antragstellung im Juli 2009 und die Zielstellung, mögliche Fördermittel im Jahr 2009 und somit vor Auslaufen des Förderprogramms in Anspruch nehmen zu können. Auf ihre Nachfrage erläutert Herr Richter, dass der KIS für die Landeshauptstadt Potsdam 4 Förderanträge gestellt habe, von denen jetzt einer beschieden werden könne. Ergebe sich eine weitere Förderkulisse, werde der KIS soweit möglich entsprechende Anträge stellen und die Stadtverordneten informieren. Er verweist darauf, dass der Antrag im Werksausschuss durch den Vertreter der Antragstellerin **zurückgezogen** wurde, was durch Frau Engel-Fürstberger bestätigt wird.

zu 4 Groß Glienicker See

Vorlage: 09/SVV/1076

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

zurückgestellt

zu 5 Schwimmbad-Neubau

Vorlage: 09/SVV/1084

Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen **und FDP**

neue Fassung vom 10.02.2010

Herr Naber verweist auf die am 10.02.2010 ausgereichte neue Fassung und erläutert das Anliegen, diese positiven Erfahrungen in die weitere Planung mit einzubeziehen.

In der sich anschließenden Diskussion betont Herr Dr. Scharfenberg, dass er

insofern Probleme mit dem vorliegenden Antrag habe, als dass dem Vorschlag der Behandlung der DS 10/SVV/0037, Sport- und Freizeitbad, in den Fachausschüssen nicht gefolgt und eine Grundsatzentscheidung in der letzten Sitzung der StVV getroffen worden sei. Jetzt werde mit dem vorliegenden Antrag auf diese Grundsatzentscheidung „aufgesattelt“ und er frage sich, ob die genannten Prüfungen nicht ohnehin Vorschrift bei der Errichtung derartiger Bauten sei.

Frau Dr. Magdowski verweist auf den verabredeten „Fahrplan“ zur weiteren Vorgehensweise und die Vorstellung dessen, was gehe und was nicht gehe am 17.03.2010 im Hauptausschuss. Deshalb schlage sie vor, den jetzt vorliegenden Antrag als Wunschvorstellung mitzunehmen, denn teilweise seien diese schon berücksichtigt. Die Bewertung der Maßnahmen bedürfe fachtechnischer Überlegungen und könne nicht im Rahmen der Gremien erfolgen. Frau Engel-Fürstberger spricht sich namens ihrer Fraktion dafür aus, den Antrag als Prüfauftrag zu formulieren, mit einem Votum des Hauptausschusses zu versehen und in die weitere Prüfung mit einzubeziehen. Herr Schröder betont, dass er Probleme mit dem zweiten Anstrich der vorgegebenen Maßgaben habe, denn das alles dürfe den Kostenrahmen von 18 Mio. € nicht übersteigen. Wenn, dann sollte das ein Prüfauftrag werden, der nicht so restriktiv zu verstehen sei, um den vorgegebenen Kostenrahmen nicht zu sprengen.

Im weiteren Verlauf der Diskussion wird Einigung darüber erzielt, dass der zweite Satz im ersten Absatz lauten soll:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt des Weiteren, dass **für den Planungsauftrag folgende Maßnahmen geprüft werden sollen:**

Im 3. Anstrich ist in der Klammer „z. B.“ einzufügen.

Die so geänderte Fassung wird zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, vor Erteilung eines Planungsauftrages für das Schwimmbad der Stadtverordnetenversammlung den Wortlaut des Auftrages zum Beschluss vorzulegen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt des Weiteren, dass **für den Planungsauftrag folgende Maßnahmen geprüft werden sollen:**

- Das Bad soll nach optimalen Effizienzkriterien für Neubauten gebaut werden.
- Der Planung ist ein „Low-Exergy“-Gebäude (www.lowex.de) zugrunde zu legen, das nicht nur die Energiemenge, sondern auch die Qualität der Energie betrachtet.
- Zur Senkung des Energieverbrauchs von Heiz-, Kühl- und Lüftungssystemen ist durch geeigneten technischen Einsatz (**z. B.** Wärmepumpen/Wärmerückgewinnung, Absorptionskälteanlagen, Latentwärmespeicher, solarthermische Nutzung) die Nutzung von regenerativen und natürlichen Energiequellen zu berücksichtigen.

Das Ergebnis der Prüfung ist den Stadtverordneten vor Beauftragung des Badneubaus im Hauptausschuss vorzulegen. In die Prüfung sind Förderprogramme der EU sowie des Bundes- und der Landesregierung mit einzubeziehen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	11
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	2

zu 6

Rechte von Kindern

Vorlage: 09/SVV/1147

Fraktion DIE LINKE

Äa Gruppe Die Andere

Frau Dr. Müller erläutert eingangs die als Tischvorlage ausgereichte Ergänzung des Punktes 1 mit folgendem Wortlaut:

Der Punkt 1 ist wie folgt zu ergänzen:

1. Das vom Kinder- und Jugendbüro angestrebte Ziel, in der Verwaltung mehr und gesicherte Verwaltungsstrukturen zu schaffen, wird in der Verantwortung der Beigeordneten aktiv unterstützt.
2. In enger Abstimmung mit dem Kinder- und Jugendbüro soll eine ämterübergreifende Arbeitsgruppe Kinder- und Jugendbeteiligung installiert werden, die die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an kommunalen Planungsprozessen unterstützt.
3. In den Fachbereichen, in denen Fachplanungen erfolgen, welche die Lern- und Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen betreffen, sollen Beteiligungsbeauftragte benannt werden.

Herr Dr. Wegewitz führt dazu aus, dass es problematisch sei, „Rechte von Kindern“ zu definieren. Die Rechte von Kindern seien seit 1948 im Grundgesetz verankert und Polemik dazu bringe den Kindern überhaupt nichts. Er meine, dass das anders formuliert werden müsse, denn Rechte von Kindern seien das höchste Gut und dementsprechend in der Gesetzgebung berücksichtigt worden. Ebenso stelle die Schaffung „mehr und gesicherter Verwaltungsstrukturen“ einen Eingriff in die Handlungshoheit des Oberbürgermeisters dar.

Frau Dr. Müller entgegnet, dass im Punkt 2 des Antrags nichts anderes getan worden sei, als Initiativen dazu und das, was Parteien und Fraktionen sich zu diesem Thema auf die Fahne geschrieben hätten, aufzunehmen. Nicht umsonst gebe es die Bundesinitiative „Kinderrechte ins Grundgesetz“. In der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 11. Februar habe das Kinder- und Jugendbüro die bisherige Arbeit „abgerechnet“ und als Zielstellung der weiteren Arbeit u. a. den Ausbau und die Durchsetzung der Rechte von Kindern dargestellt, was hier aufgegriffen worden sei. In einer Rücksprache mit dem Kinder- und Jugendbüro sei klar geworden, dass es gewisse Weichenstellungen schon gebe und insofern sei der vorliegende Antrag ein „unterstützendes Moment“.

Frau Knoblich betont, dass der ursprüngliche Antrag sehr allgemein formuliert worden sei und sie ihn auch so verstanden habe. Deshalb habe sie die jetzt vorliegende Ergänzung überrascht, weil diese Allgemeinheit jetzt aufgeweicht worden sei und Sonderrechte für das Kinder- und Jugendbüro geschaffen werden. Das halte sie für nicht gerechtfertigt, denn es gebe noch andere Träger, die sich damit befassen.

Frau Dr. Müller entgegnet, dass eben diese Allgemeinheit in der letzten Hauptausschusssitzung nicht händelbar gewesen sei und es sicher ein engmaschiges Netz von Einrichtungen und Maßnahmen gebe. Ableitend aus dieser Diskussion habe die Fraktion nun konkreter formuliert und es an dem Modul der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an kommunalen Planungsprozessen festgemacht. Das Kinder- und Jugendbüro sei die Instanz in Potsdam, die genau diese Beteiligung sowohl vorbereite als auch führe und um das zu verankern, wurden die jetzt vorliegenden Schritte überlegt.

Herr Naber verweist darauf, dass diese Änderungen als Tischvorlage ausgereicht wurden und eine neue „Stoßrichtung“ hätten. Deshalb schlage er vor, die Behandlung des Antrags erneut zu vertagen und den Vorschlag in den Fraktionen

zu beraten. Herr Dr. Scharfenberg merkt an, dass das Thema eine grundsätzliche Angelegenheit sei und eine Ablehnung kein gutes Signal. Wenn es andere Vorschläge der Fraktionen gebe, nehme seine Fraktion das gerne an, denn im Ergebnis wolle man dazu etwas bewegen.

Herr Exner schließt sich in seinen Ausführungen dem Vorschlag der Beratung in den Fraktionen an und betont, dass auch der Versuch einer konkreteren Formulierung zeige, wie schwer das sei. Die Zurückstellung biete die Gelegenheit, gemeinsam zu überlegen, wie mit dem Anliegen umgegangen werden kann.

Frau Engel-Fürstberger bittet um ein Statement der zuständigen Beigeordneten, um in den Fraktionen sinnvoll zu diesem Antrag diskutieren zu können.

Frau E. Müller führt aus, dass sie den Antrag so verstanden habe, dass er, wenn, dann alle Geschäftsbereiche betreffe und ein Stückweit verbindlicher werden solle. Sie empfehle, das unter Berücksichtigung der Ausführungen von Herrn Dr. Wegewitz zu prüfen.

Dem Vorschlag der **Vertagung** des Antrags wird mit 10 Ja-Stimmen, bei 1 Nein-Stimme und 2 Stimmenthaltungen **zugestimmt**.

Herr Schröder bittet, in die Diskussion in den Fraktionen auch den Änderungsantrag der Gruppe Die Andere mit einzubeziehen.

zu 7 Umsetzung des 10plus-Punkte Planes Jugendsoziokultur / Umsetzung des Projektes "freiLAND"

Vorlage: 10/SVV/0109

sowie

Dringlichkeitsantrag zur Beschlussvorlage 10/SVV/0109; hier Entscheidung Hauptkriterien der Evaluation des Modellprojektes ‚freiLAND‘ gemäß Beschlussvorlage 10/SVV/0109, Punkt 3

Vorlage: 10/SVV/0195

Oberbürgermeister, FB Kultur und Museum

Herr Schröder verweist auf die Zustimmung zur Erweiterung der Tagesordnung um diese Drucksache 10/SVV/0195, Entscheidung Hauptkriterien der Evaluation des Modellprojektes ‚freiLAND‘ gemäß Beschlussvorlage 10/SVV/0109, Punkt 3, die anschließend von Frau Dr. Magdowski eingebracht wird. Sie verweist darauf, dass die Verwaltung mit der Vorlage 10/SVV/0109, Umsetzung des 10plus-Punkte Planes Jugendsoziokultur / Umsetzung des Projektes "freiLAND", Punkt 3, beauftragt wurde, Hauptkriterien der Evaluation des Modellprojektes „freiLAND“ vorzulegen. Da es noch keinen Träger gebe, seien diese relativ abstrakt dargestellt worden, sie umfassen die gleichwertigen Hauptkriterien Partizipation, Aktivierung, Nutzung – Veranstaltungen – Besucher, betriebswirtschaftliche Faktoren und Öffentlichkeitsarbeit/Kommunikation. Diese Kriterien werden im Weiteren erläutert und mit den in der Vorlage enthaltenen Inhalten untersetzt.

Herr Schröder merkt dazu an, dass er die Behandlung der Dringlichkeitsvorlage als problematisch ansehe, da die diesen Auftrag auslösende Vorlage mit der DS 10/SVV/0109, noch gar nicht durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen worden sei. Darüber hinaus enthalte der Punkt 3 dieser DS ein falsches Sitzungsdatum des Hauptausschusses, der nicht am 10., sondern am 17. März 2010 tage.

Daraufhin schlägt Herr Naber die Zurückstellung und Behandlung des Dringlichkeitsantrages am 17.03.2010 vor.

Herr Dr. Scharfenberg bezeichnet die Dringlichkeitsvorlage als „bürokratisches Monster“ – eigentlich war das Ziel, zu aktivieren und zu motivieren. Die geänderte Verfahrensweise der Behandlung der DS 110/SVV/0109 vorab im Haupt- und im Finanzausschuss ergebe das von Herrn Schröder angesprochene Problem, so dass die Hauptkriterien der Evaluation entweder zur Sitzung der StVV am

03.03.2010 mit aufgerufen werden sollten, da sie die Vorlage 10/SVV/0109 konkretisieren oder aber am 17.03. im Hauptausschuss.

Herr Exner bestätigt das geänderte Verfahren und schlägt vor, den Punkt 3 der DS 10/SVV/0109 zu ändern und „**vorgelegten Hauptkriterien**“ **einzufügen**. Dann könne man die Hauptkriterien als Anlage der DS 10/SVV/0109 beifügen und als Bestandteil der Vorlage weiter beraten.

Frau E. Müller bestätigt die getroffene Absprache, im Vorfeld der Beschlussfassung Kriterien vorzulegen, um damit eine Beschlussfassung zu ermöglichen. Der vorgelegte Kriterienkatalog sei positiv und begleitend gemeint.

Frau Dr. Schröter spricht sich dafür aus, im Zuge der Handhabbarkeit so wie vorgeschlagen zu verfahren und eine Rückkopplung mit den Fraktionen bis zur Sitzung am 03.03.2010 sowie eine Änderung des einen oder anderen Anstrichs der Kriterien zu ermöglichen.

Frau Engel-Fürstberger betont, dass die Einigung auf ein geändertes Verfahren auf die Fraktion FDP nicht zutrefe und sie sehr erstaunt sei, dass einen Monat vor Beschlussfassung der Haushaltssatzung ein Projekt bevorzugt behandelt und beschlossen werden solle.

Frau Dr. Müller verweist darauf, dass es sich bei der Vorlage nicht um ein Einzelwerk handele, sondern diese mit allen Beteiligten der Arbeitsgruppe abgestimmt worden sei. Das, was unter dem Punkt „Betriebswirtschaftliche Faktoren“ zu finden sei, wurde im Workshop unter dem Punkt Finanzierung verabredet. Insofern sei eine Denkpause bis zur Sitzung am kommenden Mittwoch und eine Zurückstellung der Kriterien zu befürworten.

Herr Naber schlägt vor, den Punkt 4 der Vorlage zu ändern und die Trägerschaft des Projektes öffentlich auszuschreiben. Herr Dr. Scharfenberg verweist auf die seit einem dreiviertel Jahr geführte Diskussion und mehrere von der Verwaltung dazu vorgelegte Vorlagen, die sich nicht großartig voneinander unterschieden hätten. Problematisch sei die Meinungsbildung in der Stadtverordnetenversammlung gewesen, so dass er sich über den jetzt gefundenen Kompromiss freue. Der Aspekt der Vergabe sollte im Punkt 4 verbindlich festgelegt werden – deshalb schlage er vor, das in die Diskussion mit einzubeziehen, das Ergebnis der Stadtverordnetenversammlung vorzustellen und dann darüber abzustimmen.

Frau Dr. Müller betont, dass der Punkt 4 der Verabredung im Workshop entsprechende. Sie spricht sich dafür aus, das Prüfverfahren durchzuführen und sich im Ergebnis vergaberechtlich entsprechend zu verhalten. Herr Schubert signalisiert für die Fraktion SPD eine prinzipielle Zustimmung und betont, dass Gegenstand der Diskussion auch die Zielstellung einer öffentlichen Ausschreibung gewesen sei. Herr Naber schlägt vor, das in die Diskussion in den Fraktionen mit einzubeziehen und eine Kompromisslösung zu finden. Herr Schröder signalisiert für die Fraktion CDU/ANW keine Zustimmung, da sie die Einbeziehung der Stadtwerke für rechtlich bedenklich halte.

Im Weiteren verweist er auf die Zustimmung des Ausschusses für Finanzen zu einem geänderten Beschlusstext, mit folgender Ergänzung im Punkt 3:

Teil der Evaluation soll die Sicherung der Einhaltung der maximal vorgesehenen lfd. und investiven Zuschüsse und die Gewinnung von eigenen Einnahmen sein.

Im Weiteren soll ein Punkt 7 mit folgendem Wortlaut angefügt werden:

7. Die Verwaltung wird beauftragt, mit den Änderungslisten zum Haushalt 2010 den Entwurf eines Unterproduktes „freiLand“ im GB 2 vorzulegen.

Die Verwaltung signalisiert, diese Änderungen und Ergänzungen zu übernehmen; der Punkt 7 wird als Ergänzung zum Punkt 5 aufgenommen.

Frau Dr. Müller verweist auf einen weiteren Änderungsantrag des Unterausschusses Jugendhilfeplanung für die 50.000 Euro, die durch den Fachbereich Kinder, Jugend und Familie erbracht werden sollen, eine andere Deckungsquelle zu suchen und diese Summe zusätzlich in den Haushalt des Fachbereichs einzustellen. Diese Änderung wird im Rahmen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung eingebracht und abgestimmt.

Die Vorlage DS 10/SVV/0109 mit der Änderung im Punkt 3 „**vorgelegten Hauptkriterien**“, den Ergänzungen des Ausschusses für Finanzen und der als Anlage beizufügenden Auflistung der Hauptkriterien wird zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

1. Umsetzung der ersten Ausbaustufe des Projektes „freiLAND“ mit folgenden Inhalten:
 - Herrichtung eines Domizils für den Spartacus e.V.
(Veranstaltungshaus auch für andere Akteure nutzbar)
 - Herrichtung eines Domizils für den Jugendklub S13
 - Schaffung legaler Graffiti-Flächen
 - Einrichtung von Bandprobenräumen(in Anlehnung an das vorgelegte Rahmenkonzept zur inhaltlichen Ausgestaltung und Umsetzung des Projektes „freiLAND“ – vgl. DS 09/SVV/0804)
2. Das Projekt „freiLAND“ wird vorerst als Modellprojekt für einen Zeitraum von drei Jahren realisiert.
3. Es erfolgt eine Evaluation anhand der dem Hauptausschuss am 24. Februar 2010 **vorgelegten Hauptkriterien (gemäß Anlage). Teil der Evaluation soll die Sicherung der Einhaltung der maximal vorgesehenen lfd. und investiven Zuschüsse und die Generierung von eigener Einnahmen sein.**
4. Das Ergebnis des vergaberechtlichen Prüfverfahrens für die Trägerschaft von „freiLAND“ im Rahmen des Modellprojektes wird dem Hauptausschuss am 10. März 2010 zur Beschlussfassung vorgelegt. Der Jugendhilfeausschuss und der Ausschuss für Kultur sind zu unterrichten.
5. Zur dauerhaften Partizipation und Weiterentwicklung des Rahmenkonzepts „Jugendkultur“ (vgl. DS 09/SVV/0782) wird unter Federführung des Fachbereichs Kultur und Museum eine AG Jugend-/Soziokultur eingerichtet. **Die Verwaltung wird beauftragt, mit den Änderungslisten zum Haushalt 2010 den Entwurf eines Unterproduktes „freiLand“ im GB 2/ FB 24 vorzulegen.**
6. Das überarbeitete Rahmenkonzept „Jugendkultur“ ist der Stadtverordnetenversammlung im Dezember 2010 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9
Ablehnung: 4
Stimmhaltung: 0

zu 8 **Treffpunkt Freizeit in Trägerschaft der Malteser Werke erhalten**
Vorlage: 09/SVV/1152
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

zurückgestellt

zu 9 **Beirat Treffpunkt Freizeit**
Vorlage: 10/SVV/0005
Fraktion DIE LINKE

zurückgestellt

zu 10 **Treffpunkt Freizeit - Mehrgenerationenhaus**
Vorlage: 10/SVV/0011
Fraktion CDU/ANW, Fraktion FDP/FP

zurückgestellt

zu 11 **Einrichtung eines Gestaltungsrates**
Vorlage: 10/SVV/0045
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

Herr Klipp bringt die Vorlage ein und betont sein großes Vertrauen in die konsensuellen Entscheidungen des Gestaltungsrates. Er betont die Absicht, die Beratungen des Gestaltungsrates öffentlich stattfinden zu lassen und er werde dafür auch bei den Bauherren werben. Sie sollten das auch positiv für die Bauherren in Anspruch nehmen und die Verfahren transparent machen. Allerdings könne der Gestaltungsrat seine Arbeit erst nach der Bestätigung der Haushaltssatzung aufnehmen, da dies keine pflichtige Aufgabe der Stadt sei.

Herr Dr. Scharfenberg fragt nach, wie der Gestaltungsrat letztlich zustande kommen werde. Dass die Stadtverordnetenversammlung sich in geeigneter Weise damit befassen solle, stehe nur in der Begründung und könnte so erfolgen, wie vom Ausschuss für Finanzen empfohlen oder der Beirat werde nach der Bestätigung der Mitglieder in der StVV oder im Hauptausschuss durch den Oberbürgermeister berufen.

Herr Klipp entgegnet, dass vor der Berufung eine Information der Stadtverordneten denkbar sei sowie eine Erörterung der Vorschläge. Bezüglich der Bestätigung in der StVV habe es unterschiedliche Diskussionen gegeben verbunden mit der Frage, ob das zu einer Aufwertung des Beirates führe und was passiere, wenn die StVV einen Vorschlag ablehne. Frau Engel-Fürstberger verweist auf den von der Fraktion FDP im Ausschuss für Finanzen eingebrachten und mehrheitlich empfohlenen Änderungsantrag zum § 2 Absatz 2 der Anlage 1, der wie folgt geändert werden soll:

Die Mitglieder des Gestaltungsrates werden auf Vorschlag des Oberbürgermeisters von der Stadtverordnetenversammlung bestätigt.

Sie meine, es sei schon wichtig zu wissen, ob die gewählten Stadtverordneten den Vorschlag des Oberbürgermeisters auch wollen.

Herr Schröder fragt nach, ob die Besetzung des Beirates mit externem Sachverständigen bedeute, dass Bürgerinitiativen, die sich seit langem für die Landeshauptstadt engagieren, damit ausgeschlossen seien. Herr Klipp verweist in seiner Antwort auf die Kriterien der wirtschaftlichen Unabhängigkeit und darauf, dass nach der Geschäftsordnung alle ausgeschlossen seien, die 2 Jahre davor und 1 Jahr nach ihrer Mitarbeit in Potsdam Bauvorhaben realisiert haben oder realisieren

wollen. Es sei fatal, wenn Mitglieder des Beirates sich als befangen erklären oder sich erklären müssten. Potsdamer seien nicht ausgeschlossen; an die Mitglieder gebe es aber hohe fachliche Anforderungen – nämlich die eines Fachpreisrichters – und sie müssen über Expertenwissen verfügen. Damit, so Herr Schröder, wären engagierte Bürger nicht dabei, weil sie die Anforderungen an die Qualifikation nicht erfüllen. Dass sie nicht ernennungsfähig seien, bedeute nicht, sie seien von der Diskussion ausgeschlossen.

Daraufhin stellt Herr Schubert den Geschäftsordnungsantrag, die Vorlage nochmals zurückzustellen. Die hohen fachlichen Anforderungen würden zwar in der Vorlage stehen, dass es sich um ein reines Expertengremium handeln werde, sei aber so explizit nicht wahrgenommen worden.

Herr Dr. Scharfenberg spricht sich anschließend gegen eine Zurückstellung aus, denn die Frage einer hohen „Fachlichkeit“ sei für ihn unstrittig – das Weitere müsse im Verfahren ausgestaltet werden. Außerdem sei die Vorbereitung der Vorlage sehr demokratisch gewesen unter Einbeziehung der Stadtverordneten. Herr Exner spricht sich für eine Zurückstellung aus, um sich über die Frage zu verständigen, wie weit das sowohl fachlich als auch regulativ beschränke. Da in der Sache nichts „anbrenne“, könne das in der nächsten Hauptausschusssitzung nochmals besprochen und in der April-Sitzung der StVV beschlossen werden.

Anschließend wird der Geschäftsordnungsantrag, die Vorlage zurückzustellen, zur Abstimmung gestellt und mit 7 Ja-Stimmen, bei 5 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung angenommen.

**neu Genehmigung einer Dienstreise zum Workshop und Erfahrungsaustausch
des Städte- und Gemeindebundes
Vorlage: 10/SVV/0178**

Frau Knoblich bringt die Vorlage ein.

Der Hauptausschuss beschließt:

Entsprechend der in der Anlage beigefügten Einladung nimmt der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung Herr Peter Schüler am Workshop und Erfahrungsaustausch zum Umgang mit Anfragen und Anträgen rechtsextremistischer Mandatsträger in kommunalen Vertretungen am 10. März 2010 Oranienburg teil. Die Dienstreise wird gemäß § 7 der Entschädigungssatzung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam genehmigt.

**Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.**

**zu 12 Satzung zur Aufhebung der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb "Stadtbe-
leuchtung Potsdam" der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 10/SVV/0070**

Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Stadtentwicklung und Bauen

zurückgestellt

zu 13 Mitteilungen der Verwaltung

zu 13.1 Information zu den Kaufhallenstandorten Zentrum Ost und Schlaatz

Herr Klipp führt dazu aus, dass die Gespräche bezüglich des Standortes am Schlaatz anhalten, er aber nach wie vor keine Lösung präsentieren könne. Er betont, dass es für ihn nicht sinnvoll erscheine, in jeder 2. Sitzung schlechte

Nachrichten zu vermitteln und meine, dass sich das auch negativ auf den Standort auswirken könne. Am Keplerplatz hingegen gebe es eine positive Entwicklung, die er in einer der nächsten Sitzungen präsentieren könne. Am REWE-Standort im Zentrum-Ost gebe es sowohl Vermessungsarbeiten als auch Kaufvertragsverhandlungen. Der Bauantrag sei in der Erarbeitung und werde höchstwahrscheinlich im Laufe des Monats März eingereicht.

Herr Dr. Scharfenberg fragt nach, ob die zeitliche Vorstellung im Zentrum Ost gesichert sei und REWE zeitnah mit den Bauarbeiten beginnen werde. Bezüglich der Ausführungen zum Schlaatz habe er eine andere Auffassung, denn es gebe dafür einen Rahmen - nämlich durch einen entsprechenden Beschluss in der Stadtverordnetenversammlung, zu dem es eine Lösung geben müsse. Deshalb sei es die Frage, was man aus den vertraglichen Vereinbarungen mache. Für die nächste Sitzung der StVV werde es einen entsprechenden Antrag seiner Fraktion geben. Im Weiteren fragt er nach, wem das Grundstück gehöre.

Herr Klipp entgegnet, dass das Grundstück am Schlaatz dem Projektentwickler gehöre. Natürlich gebe es einerseits den Beschluss der StVV, andererseits aber keinen Bauherren. Die Verwaltung sei sich der Problematik durchaus bewusst, hier die Aufwertungsmaßnahmen der letzten Jahre nicht zu gefährden. Die Tatsache, dass es keinen Bauherren gebe, könne man beklagen, was aber in der Sache wenig helfe. Bezüglich des Keplerplatzes habe er den gleichen Kenntnisstand, sei aber bezüglich der Kaufverhandlungen zurückhaltend. Der Zeitplan im Zentrum Ost sei nach seinem Informationsstand nicht gefährdet.

neu Information Bollhagen-Museum

Frau Dr. Magdowski informiert im Auftrag des Oberbürgermeisters über den Sachstand bezüglich des Verzichts der Stadt Potsdam auf die Übernahme der Bollhagen-Stiftung. Sie betont, dass mit zunehmender Attraktivität der Stadt Potsdam dem Oberbürgermeister eine Vielzahl von Stiftungen angeboten werden. Nach langen Verhandlungen mit der Bollhagen Stiftung sei letztlich aus ganz vernünftigen Gründen heraus darauf verzichtet worden.

Frau Dr. Schröter verweist auf Äußerungen der ehemaligen Kultusministerin Frau Wanka, sie sei bereits seit dem Jahr 2002 dabei, die Dinge so zu ordnen und die Stiftung in Velten anzusiedeln. Sie fragt, ob diese Option des Landes der Stadt bekannt gewesen sei. Frau Dr. Magdowski entgegnet, dass ihr das so nicht bekannt sei und sie glaube, dies habe das Land im Rahmen der Entwicklung des ländlichen Raums entschieden. Herr Dr. Scharfenberg merkt an, dass der große persönliche Einsatz des Oberbürgermeisters, die Stiftung nach Potsdam zu holen, doch nicht so groß gewesen sein könne. Frau Dr. Magdowski verweist nochmals auf die Abstimmung mit Fachleuten zu diesem Thema und darauf, dass das Votum der Museumsdirektorin den Ausschlag gegeben habe. Für das Potsdam-Museum sei die Sprotte-Stiftung prioritär.

zu 14 Sonstiges

Flächensolaranlage - DS 10/SVV/0174

Herr Klipp verweist darauf, dass bereits im Ausschuss für Stadtplanung und Bauen das Vorhaben erläutert wurde. Hier handele es sich um eine private Initiative, die u. a. auch für entsprechende Gewerbesteuereinnahmen sorgen werde und darüber hinaus einen Beitrag für die Umwelt leiste. Im Weiteren wolle man damit einer Einzelhandelsiedlung an diesem Standort und einer Schwächung des Einzelhandels in der Innenstadt vorbeugen.

Anschließend erläutert Herr Goetzmann an Hand visueller Darstellung das Vorhaben und die Notwendigkeit einer Beschlussfassung in der Sitzung der StVV am 03. März 2010. Auch im weiteren Verfahren dürfe es keine Zeitverzögerungen geben, um das Vorhaben realisieren zu können. Deshalb müsse über den entsprechenden Satzungsbeschluss ohne Beratung in den Ausschüssen abgestimmt werden – dieser enge Zeitrahmen erfordere ein konfliktarmes Verfahren. Damit verbunden sei darüber hinaus eine Änderung in der Prioritätenliste und damit die Zurückstellung des Vorhabens „Landeshauptarchiv am Windmühlenberg“.

E-Mail Vorgang zur Stadt- und Landesbibliothek

Herr Exner betont, dass diese Anfrage an den Oberbürgermeister gerichtet sei und er diese in der gebotenen Kürze beantworten werde, da er zwar der Abwesenheitsvertreter, aber nicht unmittelbarer Dienstvorgesetzter des Beigeordneten sei. Herr Klipp habe sein Bedauern zu diesem Vorfall zum Ausdruck gebracht, was auch in der Presse nachzulesen gewesen sei. In der Sache selbst stehe er zur Entscheidung bezüglich der Stadt- und Landesbibliothek mit dem damit verbundenen ehrgeizigen aber machbaren Zeitplan. Damit gebe es auch keine Zweifel am weiteren Verfahren.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass dies schon ein ungewöhnlicher Vorgang sei der zeige, wie mit Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung umgegangen werde und diese bewertet würden. Er meine, dass damit die Grundsätze des Systems in Frage gestellt werden, weil es eben nicht ein „fauler Kompromiss“ mit einer Fraktion gewesen sei, sondern eine klare Mehrheitsentscheidung. Er erwarte eine klare Haltung des Oberbürgermeisters dazu.

Herr Schubert fordert dazu auf, die „Kirche im Dorf“ zu lassen, denn das eigentliche Problem sei, dass eine private Mail weitergegeben wurde. Die Behauptung, dass die Entwicklung des Vorhabens ein kurzer Prozess gewesen sei, stimme nicht, denn das laufe bereits über Jahre und wurde schon 2007 öffentlich dargestellt, ausgestellt und auch mit entsprechenden Beteiligungen.

Frau Engel-Fürstberger meint, es sei unsäglich darüber überhaupt zu reden, denn es gebe keine „Gedankenkontrolle“. Das war eine private Mail und sie sei froh, dass ihre Mails nicht jeder lese.

Stand Tierheim

Bezug nehmend auf die Ereignisse um die Dienstwagennutzung bei der Treberhilfe führt Frau E. Müller aus, dass es für die Verwaltung keinen Grund gebe, die Vergabeentscheidung zu überdenken. Eine erneute Prüfung habe ergeben, dass der Finanzplan vom Bieter eingehalten und der Jahresabschluss 2008 vorgelegt wurde, aus dem sich die Solidität des Bieters ableiten lasse. Außerdem habe das Rechnungsprüfungsamt die Ausschreibung begleitet und keine Beanstandungen festgestellt, so dass man sich auf die konzeptionellen Erfahrungen des Trägers verlasse.

Herr Schröder betont in seinen Ausführungen, dass es verfahrenstechnisch sicher nichts zu beanstanden gebe, moralisch jedoch schon, denn die Dienstwagenaffäre habe deutschlandweit für Aufregung gesorgt. Allerdings sei es Sache der Diakonie, mit dem Träger in Klausur zu gehen.

Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, wann der Grundstückskaufvertrag unterzeichnet werde, um den Bauantrag im März zu stellen und das Tierheim termingerecht zu eröffnen, entgegnet Frau E. Müller, dass der Kaufvertrag derzeit in Prüfung sei. Bezug nehmend auf die Äußerungen von Herrn Schröder betont sie, dass es der Landeshauptstadt um Inhalte gehe – moralisch könne man die Angelegenheit sicher diskutieren und auch andere Maßstäbe anlegen.

Uferweg Griebnitzsee

Herr Exner informiert, dass die Frage, wie es sich mit der Vereinbarung zwischen der Landeshauptstadt Potsdam und der BIMA sowie dem höheren privaten Angebot verhalte, auf Bundesebene geklärt werde. Die Problematik werde dem Haushaltsausschuss des Bundestages und dem Finanzausschuss des Bundesrates vorgelegt. Die Wertermittlung werde durch ein Verkehrswertgutachten festgestellt und hier sei zwischen öffentlichen und privatem Interesse abzuwägen. Allerdings sei der Bund an keinen Zeitfaktor gebunden.

Sachstand Bürgerbahnhof

Herr Klipp informiert über den gegenwärtigen Sachstand zum Bürgerbahnhof und verweist darauf, dass die Bauverwaltung beauftragt sei, mit dem Bauherren ein genehmigungsfähiges Vorhaben zu entwickeln, das sich in den B-Plan einfüge. Darauf Bezug nehmend fragt Herr Schröder nach, ob die Verwaltung dabei das Vorhaben dem B-Plan anpasse oder umgekehrt. Herr Klipp entgegnet, dass er die Zustimmung des Bauherren einholen müsse, wenn er Auskünfte über dessen Vorhaben geben solle. Wenn diese Zustimmung vorliege, könne er auch die Stellen darstellen, wo es nicht passe. Herr Schubert schlägt vor, das Thema in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses unter Berücksichtigung der im Zusammenhang mit der Vergabe vorgelegten Konzeption aufzurufen, da diese ja Grundlage der Entscheidung gewesen sei. Frau Engel-Fürstberger betont, dass die mit der Vergabe verbundenen Forderungen in keinsten Weise erfüllt seien und richtet den Appell an die Stadt, diese umgehend durchzusetzen.

Herr Exner schlägt vor, dies für die Sitzung des Hauptausschusses am 17.03.2010 durch die Verwaltung vorzubereiten – wogegen sich kein Widerspruch erhebt.

Treffpunkt Freizeit

Mit Stellungnahme des Rechtsamtes vom 5.2.2010 wird festgestellt, dass "eine Ausschreibungspflicht nicht besteht und eine öffentliche Ausschreibung und Vergabe nach den Rechtsbestimmungen der VOL/A ausscheidet" aber " bei der neuen Trägersuche ein ermessensfehlerfreies, faires, diskriminierungsfreies und transparentes Auswahlverfahren durchzuführen ist".

Frau E. Müller führt aus, dass im Jugendhilfeausschuss Ende April/Anfang Mai Kriterien zum Wettbewerb für ein Interessenbekundungsverfahren - analog Waschhaus und Lindenpark - vorgestellt und die Zusammensetzung der Auswahlkommission vorgeschlagen werde.

Auf Nachfrage Frau Engel-Fürstberger schätzt Frau E. Müller ein, dass die Auswahlgespräche nach der Sommerpause erfolgen könnten und eine Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung im Oktober evtl. möglich sei.

Sparkassenstandort Babelsberg

Auf eine entsprechende Nachfrage von Herrn Schröder verweist Herr Klipp darauf, dass sich die Beteiligten zwar umfassend in der Presse dazu geäußert hätten, ihm diese Erlaubnis allerdings nicht vorliege. Er wolle diese gern einholen und in einer der nächsten Sitzungen über das Vorhaben berichten.

Personalie Fachbereichsleiter Grün- und Verkehrsflächen

Herr Dr. Scharfenberg verweist auf die dazu geführte öffentliche Diskussion, der sich auch die Mitglieder des Hauptausschusses stellen sollten. Zu den wenigen Personalentscheidungen, die die Stadtverordnetenversammlung habe, gehöre die Fachbereichsebene dazu.

Herr Exner entgegnet, dass die öffentlich geführte Diskussion die Stadt nicht von einer korrekten Behandlung im nicht öffentlichen Teil entbinde. Er könne im öffentlichen Teil sagen, dass bei den jüngeren Bestellungen von einer befristeten Bestellung der Fachbereichsleiter Gebrauch gemacht wurde und der Vertrag des betroffenen Fachbereichsleiters am Jahresende auslaufe. Im Weiteren verweist er auf das laufende gerichtliche Verfahren und den in diesem Rahmen gestellten Antrag auf einstweilige Verfügung seitens des Fachbereichsleiters. Der heutige Gerichtstermin sei mit keinem Ergebnis abgeschlossen worden, so dass beide Parteien sich jetzt einigen müssten.